



## Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

### **Die ärztliche Versorgung vor Ort muss als Ziel im Landesentwicklungsprogramm höchste Priorität haben (LEP 2.2.5)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) (Drs. 18/25267) in § 1 Abs. 4 Nr. 6 Buchst. b Doppelbuchst. cc dahingehend zu ändern, dass die geplante Erweiterung „auch unter Einbeziehung der Telemedizin“ ersatzlos gestrichen wird.

#### **Begründung:**

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung muss überall gewährleistet sein. Patienten sollen auch in Zukunft ihre Ärzte vor Ort aufsuchen können, um sich untersuchen und behandeln zu lassen. Eine weitreichende Umstellung auf Telemedizin ist nicht wünschenswert, weil sie das Vertrauensverhältnis von Arzt und Patient zerstören würde. Sie darf daher nur eine Ausnahme sein. Laut einer Publikation der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) aus dem Jahr 2022 sind immer weniger Mediziner bereit, sich als Vertragsärzte, vor allem in ländlichen Gebieten, niederzulassen. Niedergelassene Hausärzte haben große Schwierigkeiten, einen Nachfolger zu finden. Die Gründe sind vielfältig: Die strikte Budgetierung, eine zunehmende Bürokratisierung und die schwache Infrastruktur auf dem Land sind Hauptfaktoren. Zudem schließen viele Ärzte ihre Aus- und Weiterbildung nicht in den Fachgebieten ab, die für eine flächendeckende ambulante Versorgung der Bevölkerung nötig wären. Durch zunehmenden Ärztemangel ist die Rund-um-die-Uhr-Versorgung in Gefahr. Die KBV hat in einer neuen Modellrechnung ermittelt, dass die Nachfrage nach ärztlicher Versorgung bis 2030 weiter ansteigen, das ärztliche Angebot jedoch sinken wird. Von dieser Entwicklung sind die Hausärzte sowie die sogenannten fachärztlichen Grundversorger besonders betroffen<sup>1</sup>. Die sich fortwährend verschärfende Krise kann nicht durch ein Ausweichen auf Telemedizin kompensiert werden. Vielmehr ist eine flächendeckende Stärkung der medizinischen Infrastruktur notwendig.

Die ärztliche Versorgung vor Ort muss Vorrang haben, alle Patienten sollen auch weiterhin ihren Hausarzt aufsuchen können.

---

<sup>1</sup> [https://www.kbv.de/html/themen\\_1076.php](https://www.kbv.de/html/themen_1076.php)